

Senatsbeschlüsse

über die 198. Sitzung des Senats

am 12.02.2019, 11:15 Uhr

- 4832.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und des Heilberufsgesetzes
(Vorlage 2702/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 19. Februar 2019 aus.

- 4833.) Bebauungsplan 1566
für ein Gebiet in Bremen – Vegesack
zwischen
- dem Aumunder Friedhof,
- der Straße Aumunder Wiesen und
- der Beck Straße
(Vorlage 2703/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) an und beschließt, den Bebauungsplan 1566 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen dem Aumunder Friedhof, der Straße Aumunder Wiesen und der Beckstraße (Bearbeitungsstand: 05.12.2018) entsprechend der Vorlage 2703/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 4834.) Staatsvertrag über die Hochschulzulassung
(Vorlage 2704/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2704/19 den Entwurf des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung zur Kenntnis und ermächtigt den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen,

den als Entwurf beigefügten Staatsvertrag über die Hochschulzulassung zu unterzeichnen.

2. Der Senat beschließt zur Vorunterrichtung der Bremischen Bürgerschaft die anliegende Mitteilung sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme noch in der Februar-Sitzung.

4835.) Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs
(Vorlage 2705/19 und Neufassungen der Anlagen 2 und 3 der Senatorin für Finanzen vom 11.02.2019)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2705/19 unter Berücksichtigung der Neufassungen der Anlagen 2 und 3 den vorgelegten Vorschlag zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt den Entwurf des Gesetzes über Finanzausgleichungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausgleichsgesetz) und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung noch in dieser Legislaturperiode sowie die diesbezügliche Mitteilung des Präsidenten des Senats an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft.
3. Der Senat beschließt den Entwurf des Ortsgesetzes über den Ausgleich für das Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen Überseehafengebiet und dessen Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung noch in dieser Legislaturperiode sowie die diesbezügliche Mitteilung des Präsidenten des Senats an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass in der Begründung des Gesetzentwurfes im drittletzten Absatz zu § 8 der Text „und der Stadt

Bremen (Wahrnehmung von kommunalen Aufgaben durch die Landespolizei)“ ersatzlos gestrichen wird.

Eine abschließende Klärung zum vorgelegten Ortsgesetz bzw. Finanzausgleichsgesetz wird im weiteren Verfahren, spätestens bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 22. März 2019, erfolgen.

4836.) Einfachgesetzliche Umsetzung der Schuldenbremse – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Vorlage 2706/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2706/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Ausführung des Artikels 131a der Landesverfassung sowie die anliegende Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.
2. Der Senat beschließt, die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zu bitten, spätestens in der Plenarsitzung am 27./28. März 2019 über den Gesetzentwurf zu beschließen, um die Verkündung des Gesetzes vor Ende der Wahlperiode zu ermöglichen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der letzte Satz ersatzlos gestrichen wird.

4837.) "Sitzplätze ohne Verzehrzwang am Flughafen Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2707/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2707/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4838.) Verlängerung des Projektes "Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII (Nachfolge OK.JUG)"
(Vorlage 2708/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 19. Februar 2019 aus.

4839.) "Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung"
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2709/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2709/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 18. Dezember 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Die Antwort auf die Fragen 12 und 13 wird wie folgt ergänzt:

„Die Justiz fällt nicht in den Geltungsbereich des Onlinezugangsgesetzes und unterliegt damit nicht der genannten Verpflichtung. Dennoch wird die

Justiz nach Kräften mit der Verwaltung bei der Umsetzung zusammenarbeiten. Beispielsweise sollen die Servicekonten der Bürgerportale für den elektronischen Rechtsverkehr mit der Justiz nutzbar gemacht werden.

Die Zielgruppe elektronischer Angebote der Justiz sind vorrangig die professionellen Beteiligten wie Notare und Anwälte. Über diese profitieren die Bürger von effizienteren elektronischen Abläufen. Bremen hat mit Ausnahme der Grundbuchsachen in allen möglichen Verfahrensarten den elektronischen Rechtsverkehr eröffnet. Dieser wird auch gerade durch die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches durch die Bundesrechtsanwaltskammer seit Mitte 2018 zunehmend intensiv genutzt. Getrieben durch die Fachgerichtsbarkeit, bei der im Verwaltungsgericht Bremen seit Oktober 2018 die elektronische Akte erfolgreich pilotiert wird, gab es alleine im Dezember 2018 über 5000 eingehende und über 8.000 ausgehende elektronische Nachrichtenübermittlungen (EGVP/OSCI-Transport), wohingegen in den Vorjahren monatlich jeweils ca. 3.000 ein- und ausgehende Nachrichten zu verzeichnen waren.

Bürger können die Justiz zusätzlich direkt über DE-Mail erreichen, da die Justiz eine Kopplung der bestehenden EGVP/OSCI-Postfächer mit der DE-Mail-Technik implementiert hat.

Elektronische Dienstleistungen erbringt die Justiz ebenso über diverse (zentrale) Portale unter www.justiz.de. Um nur einige aufzuführen:

- Insolvenzbekanntmachungen
- Grundbucheinsicht
- Justiz-Auktion
- Registerportal
- Vollstreckungsportal
- Zwangsversteigerungstermine“

– Der Link unter der Tabelle der Antwort auf Frage 7 wird ersatzlos gestrichen.

4840.) Bericht zum IAC International Astronautical Congress 2018 in Bremen
(Vorlage 2710/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2710/19 den Bericht zum IAC 2018 zur Kenntnis.

4841.) Beitritt der Stadtgemeinde Bremen zum "GESUNDE STÄDTE-Netzwerk der
Bundesrepublik Deutschland"
(Vorlage 2711/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2711/19 einem Beitritt zum *GESUNDE STÄDTE-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland* zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die erforderlichen Schritte für den Beitritt einzuleiten.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „A. Problem“ im zweiten Absatz der erste Satz wie folgt gefasst wird:

„Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune hängt erheblich von der Gesundheit der BürgerInnen und einem gesundheitsförderlichen Lebensraum ab.“
 - unter „D. Finanzielle...“ der letzte Satz im ersten Absatz wie folgt gefasst wird:

„Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz wird den Finanzbedarf im Rahmen ihrer Ressortdeckwerte im Haushaltsvorentwurf für das Jahr 2020 prioritär berücksichtigen.“

4842.) Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I (KInvFG I)
hier: Umsetzungsstand per 31.12.2018
(Vorlage 2712/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2712/19 den Umsetzungsbericht per 31.12.2018 zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I (KInvFG I) im Land Bremen zur Kenntnis
2. Der Senat stimmt der dargestellten Änderung des Projektportfolios zu.
3. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die entsprechende haushaltsmäßige Umsetzung vorzunehmen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Weiterleitung des Umsetzungsberichtes an den Haushalts- und Finanzausschuss.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der Satz unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ die folgende Fassung erhält:

„Die Abstimmung mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Kinder und Bildung sowie dem Magistrat der Stadt Bremerhaven.“

4843.) Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II (KInvFG II)
hier: Umsetzungsstand per 31.12.2018
(Vorlage 2713/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2713/19 den Umsetzungsbericht per 31.12.2018 zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II (KInvFG II) im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um Weiterleitung des Umsetzungsberichtes an den Haushalts- und Finanzausschuss.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der Satz unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ die folgende Fassung erhält:

„Die Abstimmung mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Kinder und Bildung sowie dem Magistrat der Stadt Bremerhaven.“

4844.) Wissenschaftsplan 2025
(Vorlage 2714/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2714/19 den Entwurf des Wissenschaftsplans 2025 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. Der Senat stellt fest, dass mit dem Beschluss des Wissenschaftsplans 2025 keine Vorfestlegung für die kommende Aufstellung der Haushalte 2020/21 sowie für die Fortschreibung der Finanzplanung ab 2022 verbunden ist.

3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass im Wissenschaftsplan 2025 unter Punkt „4.5.1 Jacobs University Bremen“ der drittletzte und vorletzte Absatz durch den folgenden Text ersetzt werden:

„Im Dezember 2018 erfolgte die Verlängerung der staatlichen Anerkennung der JUB durch das Land bis zum 31.12.2027.

Die JUB wird die Programmakkreditierung ihrer Studienprogramme unverzüglich durchführen und abschließen und damit die Qualität ihrer Studienprogramme sichern. Nicht akkreditierte Studienprogramme werden geschlossen. Bei vollständiger Akkreditierung der Studienprogramme ist die Entfristung der staatlichen Anerkennung in Aussicht gestellt worden.“

4845.) Tagesordnung der 974. Sitzung des Bundesrates am 15.02.2019

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001	Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Integration und Sozialpolitik Beschluss: Wahl gemäß Vorschlag (StMin Kai Klose/HE) = Zustimmung zu Drs. 35/19
002	Gesetz zur Durchführung von Verordnungen der Euro-päischen Union zur Bereitstellung von Produkten auf dem Markt und zur Änderung des Neunten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Beschluss: Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 25/19
003	Erstes Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnis-gesetzes Beschluss: Freie Hand mit Tendenz zur Anrufung des Vermittlungsausschusses oder hilfsweise zur Frage: Ablehnung bzw. Zustimmung zum Gesetz = Freie Hand mit Tendenz Anrufung VA zu Drs. 26/1/19

004	Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 28/19
005	Gesetz zur Einstufung Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten
Beschluss:	Freie Hand
006	Fünftes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 29/19
007	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 30/19
008	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes (Studien- und Prüfungszeit im Studiengang ""Rechtswissenschaft mit Abschluss erste Prüfung"") Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Einbringung des Gesetzentwurfs nach Maßgabe und Bestellung einer/s Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 616/1/18
009	Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes - Einführung einer eigenständigen Strafbarkeit für das Betreiben von internetbasierten Handelsplattformen für illegale Waren und Dienstleistungen Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 33/19)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
010	Entschließung des Bundesrates zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler Bayern (U)
Beschluss:	Fassen der Entschließung nach Maßgabe, Enthaltung zur unveränderten Entschließung, d.h. Enthaltung in der Schlussabstimmung, wenn Ziffer 1 keine Mehrheit erhält = Zustimmung zu Drs. 461/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 2 (unverändert)

**Enthaltung in der Schlussabstimmung, wenn
Ziffer 1, (Maßgabe) keine Mehrheit erhält**

011	EntschlieÙung des Bundesrates ""Arbeitszeiten an die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt anpassen"" Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 24/19)	-
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse	

012	EntschlieÙung des Bundesrates: Wirksame Unterstützung der Forstbetriebe in Folge klimawandelbedingter Extremwetterereignisse Rheinland-Pfalz (U)	
Beschluss:	Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 595/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 3	

013	EntschlieÙung des Bundesrates zur Änderung der Verbeitragung von Betriebsrenten in der GKV zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge Bayern (U) (Drs. 645/18)	
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse	

014	EntschlieÙung des Bundesrates zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika Bayern (U) (Drs. 22/19)	-
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse	

015	EntschlieÙung des Bundesrates zur Wiedereinführung des verpflichtenden Meisterbriefs in einzelnen nach der Handwerksordnung zulassungsfreien Handwerken Bayern (U)	
Beschluss:	Freie Hand zum Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe oder unverändert, Zustimmung zu den Maßgaben = Zustimmung zu Ziffern 1 und 2 der Drs. 464/1/18, Freie Hand in der Schlussabstimmung	

016	Entschließung des Bundesrates: Klimaschutz in der Marktwirtschaft - Für ein gerechtes und effizientes System der Abgaben und Umlagen im Energiebereich Schleswig-Holstein (U) (Drs. 47/19)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
<hr/>	
017	Entwurf eines Gesetzes zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 1/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 1
<hr/>	
018	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Marktorganisationsgesetzes
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 2/19
<hr/>	
019	Entwurf eines Gesetzes zur Erteilung der Zustimmung nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Integrationsverantwortungsgesetzes zu dem Vorschlag einer Satzungsänderung der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 40/19
<hr/>	
020	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 3/19
<hr/>	
021	Entwurf eines Gesetzes zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 17/1/19 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 13
<hr/>	

022	Entwurf eines Gesetzes über steuerliche und weitere Begleitregelungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 4/1/19
<hr/>	
023	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung von Stromsteuerbefreiungen sowie zur Änderung energiesteuerrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 5/1/19
<hr/>	
024	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung des Personalausweisgesetzes und weiterer Vorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 6/1/19
<hr/>	
025	Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 7/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 28 und 56 Ablehnung der Ziffern 64, 69, 72
<hr/>	
026	Entwurf eines Gesetzes über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 8/1/19 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 12, 14, 19, 35, 36, 48, 50, 51, 52
<hr/>	
027	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 9/19
<hr/>	

028	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beförderung-rechtlicher Vorschriften im Eisenbahnbereich
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 10/1/19
<hr/>	
029	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne mehrere Ziffern = Zustimmung zu Drs. 11/1/19 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 26, 27 und 46 sowie Enthaltung zu den Ziffern 11, 19, 20, 24, 29, 33 und 39
<hr/>	
030	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. November 2017 über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 12/19
<hr/>	
031	Dritter Bericht der Bundesregierung zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre mit Gutachten des Sozialbeirats
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 623/18
<hr/>	
032	Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeits-rücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenver-sicherungsbericht 2018) und Gutachten des Sozial-beirats zum Rentenversicherungsbericht 2018
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 624/18
<hr/>	
033 a	Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 62 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes Energie 2017: Gezielt vorgehen, Stückwerk vermeiden
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 682/17
<hr/>	

033 b	Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 62 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes Energie 2017: Gezielt vorgehen, Stückwerk vermeiden Stellungnahme der Bundesregierung
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 625/18
<hr/>	
034	Bericht nach § 7 des Transparenzgesetzes - Rückbau von Kernkraftwerken
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 629/18
<hr/>	
035	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit - Stärkung ihrer Rolle bei der Politikgestaltung der EU
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 554/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 8, 11, 12 bis 14
<hr/>	
036	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen
Beschluss:	Stellungnahme zum Beschlussvorschlag = Zustimmung zu Drs. 619/1/18
<hr/>	
037	Gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan gegen Desinformation
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 630/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 7 und 13
<hr/>	
038	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Koordinierter Plan für künstliche Intelligenz
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 631/1/18

039	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Binnenmarkt in einer Welt im Wandel - Ein wertvoller Aktivposten braucht neues politisches Engagement Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 603/1/18
040	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Die Investitionsoffensive für Europa - Bestandsaufnahme und nächste Schritte Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 617/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 5, 7, 9, 10 und 14
041	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Ein sauberer Planet für alle - Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung ohne drei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 618/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 6, 7 und 8
042	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 582/1/18
043 a	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 167/1/18

043 b	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 167/1/18

044	Verordnung zur Änderung von Arbeitsschutzverordnungen und zur Aufhebung der Feuerzeugverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 647/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 1

045	Fünfte Verordnung zur Änderung der Seefischereiverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 626/1/18

046	Vierte Verordnung zur Änderung der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung und der InVeKoS-Verordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 642/18

047	Verordnung über die Pauschalen für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes für die Haushaltsjahre 2019 und 2020
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 643/1/18

048	Verordnung zur Umsetzung der Notifizierung zur Anwendung der Anrechnungsmethode bei bestimmten Einkünften nach dem deutsch-türkischen Doppelbesteuerungsabkommen
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 627/18

049	Fünfte Verordnung zur Änderung der Steuerbeamten-ausbildungs- und -prüfungsordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 628/18
<hr/>	
050	Verordnung zur Änderung der CbCR-Ausdehnungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 648/18
<hr/>	
051	Verordnung über das Notarverzeichnis und die besonderen elektronischen Notarpostfächer
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 644/18
<hr/>	
052	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 600/1/18
<hr/>	
053	Elfte Verordnung zur Änderung gefahrgutrechtlicher Verordnungen
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 633/18
<hr/>	
054	Zweite Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 640/1/18
<hr/>	
055	Vierte Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrs-rechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 18/19
<hr/>	
056	Verordnung zur Berechnung der Offshore-Netzumlage und zu Anpassungen im Regulierungsrecht
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe bei Enthaltung zu einer Maßgabe, hilfsweise unverändert, sowie Enthaltung zum Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 13/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffern 2, 4 und 5

057 a	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Arbeitsgruppe der Kommission zum System für Amtshilfe und Zusammenarbeit ("AAC-System")
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Dr. Thomas Frenzel/SN) = Zustimmung zu Drs. 458/1/18
057 b	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Ratsarbeitsgruppe "Freunde des Vorsitzes (Friends of Presidency Group)" zum Bericht der Kommission zur Durchführung makroregionaler Strategien der EU
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR'in Christina Diegelmann /BW) = Zustimmung zu Drs. 48/1/19
058	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes zur Verfahrensbeschleunigung durch die erweiterte Möglichkeit der Zulassung von Rechtsmitteln Hamburg (U), Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U)
Senatsbeschluss vom 03.07.2018:	Einbringung des Gesetzentwurfes und Bestellung eines/r Beauftragten in sofortiger Sachentscheidung = 1. Freie Hand zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 51/1/18
059	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Hafenplanungen - Hafenplanungsbeschleunigungsgesetz - Bremen (U), Hamburg (U), Mecklenburg-Vorpommern (U), Niedersachsen (U), Schleswig-Holstein (U) (Drs. 70/19)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
060	Entschließung des Bundesrates: Einführung von kameragestützten Überwachungssystemen in Schlachthöfen zur Verbesserung des Tierschutzes für Schlachttiere Niedersachsen (U), Nordrhein-Westfalen (U) (Drs. 69/19)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
061	Entschließung des Bundesrates zur Reduktion des von grenznahen Kernkraftwerken ausgehenden Risikos für die Bevölkerung in Deutschland Baden-Württemberg (U)
Senatsbeschluss vom	Fassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 512/18

20.11.2018:

062	Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeinträgen Hamburg (U), Thüringen (U) (Drs. 73/19) Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
063 a	Entschließung des Bundesrates für eine flächen- deckende Mobilfunkversorgung in Deutschland Mecklenburg-Vorpommern (U) (Drs. 67/19) Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
063 b	Entschließung des Bundesrates für eine Gesamtstrategie und ergänzende Förderung der Mobilfunkversorgung in Deutschland Rheinland-Pfalz (U) (Drs. 72/19) Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
064	Entschließung des Bundesrates zum Transport von Gefahrgut auf Großcontainerschiffen Niedersachsen (U), Schleswig-Holstein (U) (Drs. 68/19) Beschluss: Überweisung an die Ausschüsse
065	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch (Drs. 71/19) Beschluss: Tendenz Freie Hand Tendenz freie Hand zu einer evtl. kritischen Stellungnahme (noch laufende Umfrageverfahren) sowie hilfsweise zur Frage „keine Einwendungen“
066	Neubenennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Drs. 600/17 (neu)) Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (siehe Drs.) = Zustimmung zu Drs. 58/19
067	Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Rundfunkrates der Anstalt des öffentlichen Rechts "Deutsche Welle" Beschluss: Wahl gemäß Vorschlag (siehe Drs.) = Zustimmung zu Drs. 490/1/18 Stellen eines Plenarantrages
068	Benennung eines Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (StS Streese/BE) = Zustimmung zu Drs. 74/19

Für den Fall, dass der Vermittlungsausschuss zu einem Ergebnis gelangt:

xxx Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel
104c, 104d, 125c, 143e)

Beschluss: **Freie Hand zum Einigungsvorschlag**

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Senator Günthner, Herr Senator Dr. Lohse und Frau Staatsrätin Hiller an der 974. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

4846.) "Schülerinnen und Schüler aller Klassen politisiert euch – welche Beiträge der Bremer Exekutive und Legislative hierzu sind möglich"
(Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP)
(Vorlage 2715/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 11.02.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 11. Februar 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der CDU, DIE LINKE und der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4847.) Fortführung des Modellversuchs "Praxisintegrierte Erzieher/-innen-Ausbildung (PiA)"
(Vorlage 2716/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2716/19 der Fortführung des Modellversuchs PiA mit der Einrichtung von zwei zusätzlichen Klassenverbänden zum Schuljahr 2019/20 zu und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung um weitere Umsetzung.

2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel in 2019 in Höhe von voraussichtlich 0,52 Mio. € durch das Ressortbudget des Produktplanes Kinder und Bildung finanziert werden sollen. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung im Vollzug 2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.
3. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung und der Einplanung der Mittel in Höhe von insgesamt 3,23 Mio. € für die Haushaltsjahre 2020 i.H.v. 1,21 Mio. €, 2021 i.H.v. 1,27 Mio. €, 2022 i.H.v. 0,75 Mio. € zu. Mit diesem Beschluss nimmt der Senat zur Kenntnis, dass diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushaltes der Stadtgemeinde ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Aufstellungsverfahren 2020/21 bzw. in der Finanzplanung 2022/23 darstellbar ist.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, die erforderliche haushaltsrechtliche Ermächtigung über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der praxisintegrierten Ausbildung in der Praxis insbesondere im Hinblick auf die Anrechenbarkeit der Auszubildenden auf den Fachkräfteschlüssel als auch die Ausweisung von Anleitungsstunden bis zum Beginn des KiTa-Jahr 2019/2020 zu definieren.

4848.) "Abschiebungshaft und Amtshilfe"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2717/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2717/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4849.) "Interkulturelle Erziehung in der Kita"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2718/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2718/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.